

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dennis Thering, Stephan Gamm,
Franziska Grunwaldt, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

Betr.: Aufbau der Infrastruktur für Elektromobilität in Hamburger Wohngebieten

In Hamburg gewinnt Elektromobilität mehr und mehr an Bedeutung und wird vor allem in den städtischen Ballungsgebieten zunehmend attraktiver. Gegenüber klassischen Verbrennerfahrzeugen bringen Elektrofahrzeuge eine Reihe an Vorteilen mit sich. Hierzu zählen insbesondere die lokale Emissionsfreiheit des Elektroantriebs, Lärmschutz durch besonders leises Fahren, eine höhere Lebensdauer sowie geringere Wartungskosten des Fahrzeugs und ein geringerer Energieverbrauch. Neben den umweltbezogenen Vorteilen profitiert der Einzelbürger somit auch aus wirtschaftlicher Sicht von der Nutzung eines Elektroautos. Die Automobilindustrie wird folglich in den kommenden Jahren vermehrt Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb herstellen, anbieten und verkaufen wollen. Es ist derzeit davon auszugehen, dass Angebot und Nachfrage dahin gehend kontinuierlich zunehmen werden. Um dieser Tatsache gerecht zu werden und mehr Autofahrer von der Attraktivität der Elektromobilität zu überzeugen, ist es notwendig, eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Dies betrifft insbesondere spezielle Parkplätze mit Anlagen zur Batterieaufladung. In Drs. 21/5839 wird angegeben, dass sich neben den 294 bereits entstandenen Ladepunkten, 38 in Umsetzung und weitere 50 im bezirklichen Genehmigungsverfahren befinden. Die restlichen 156 Ladepunkte zur Erreichung des Zieles einer Gesamtzahl von 592 (laut „Masterplan Ladeinfrastruktur“) befänden sich ebenfalls bereits in Planung. Die CDU-Fraktion Hamburg begrüßt den allmählichen Wandel zu der effizienten Elektromobilität und erkennt diesen Fortschritt an. Es bestehen jedoch weiterhin deutliche infrastrukturelle Mängel in dicht besiedelten Wohngebieten. Besonders betroffen sind Gebiete, in denen sich mehrere Objekte mit einer hohen Anzahl an Mietparteien befinden.

Im Hamburger Stadtgebiet kann bis heute keineswegs die Rede von ausreichenden Ladestationen für Elektroautos sein. Vor allem in Wohngebieten ist die Dichte der Lademöglichkeiten oftmals unzureichend. Die CDU vertritt die Ansicht, dass in der Entscheidung über die Standorte sowie die Anzahl von Ladestationen für Elektrofahrzeuge auch die Mietstrukturen der entsprechenden Gebiete berücksichtigt werden sollten. Vor allem sollten bei Neu- und Umbau von Straßen entsprechende Ladestationen in die Planung einbezogen werden. Ebenso wie die Berücksichtigung von Gehwegen, Radwegen und Begleitgrün, muss die elektrische Ladeinfrastruktur fester Bestandteil der Planung werden. Nur durch das Erschaffen ausreichender Infrastruktur zur Nutzungsmöglichkeit direkt vor Ort kann ein Anreiz für den einzelnen Bürger geschaffen werden, zukünftig auf ein Elektrofahrzeug umzusteigen und damit einen Beitrag zur positiven Entwicklung der Hamburger Umwelt zu leisten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. bei der Planung von Um- und Ausbau von Straßen die Prüfung über Standorte und Anzahl von Ladestationen für Elektrofahrzeuge verpflichtend einzuführen,

2. dafür Sorge zu tragen, dass in Hamburger Wohngebieten perspektivisch eine ausreichende Versorgung an Ladestationen für Elektroautomobile geschaffen und auch zukünftig gewährleistet wird und hierbei die aktuelle Mietstruktur der jeweiligen Gebiete in die Planung miteinzubeziehen,
3. bei Wohnungsbauprojekten darauf hinzuwirken, die Realisierung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge in der Planung von Neu- und Umbauten zu berücksichtigen,
4. der Bürgerschaft bis zum 1. Oktober 2017 Bericht zu erstatten.